Mittwoch, 29. August 1928 - 76. Jahrgang Nr. 407

Berliner

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt U.L.K.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2.30 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 15gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 10 Pfennig; das fettgedruckte Wort 20 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46–48. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3442; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 524, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Badstr. 47, Blücherstr. 69, Fennstr. 1, Fidicinstr. 9, Frankfurter Allee 286 u. 346, Greifswalder Strasse 197, Grosse Frankfurter Strasse 101, Kochhannstrasse 8, Königstr. 19, Köpenicker Strasse 67–68, Moritzplatz, Müllerstrasse 155, Potsdamer Strasse 33, Rathenower Strasse 3, Rheinsberger Strasse 79, Rosenthaler Strasse 40, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turmstrasse 81, Wiener Strasse 1–6, Zimmerstrasse 50; Charlottenburg: Kaiserdamm 20, Kantstr. 44, Nürnberger Str. 25–26, Scharrenstrasse 39, Tauentzienstrasse 2; Cöpenick: Schlossstr. 1; Friedenau: Rheinstrasse 19; Halensee-Grunewald: Hasenheidestr. 1, Lichtenberg: Frankf. Allee 341, Lichterfelde-West: Carlstr. 1–2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93–94, Kaiser-Friedrich-Str. 245; Niederschöneweide: Brückenstrasse 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23–24, Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 17; Steglitz: Schloss-Str. 32; Tegel: Berliner Str. 13; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Kriillastr. 7; Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserstatt 13, Uhlandstr. 88; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 5; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 31.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „U.L.K"
BZ am 1 Berlin VERÄNDERLICH

Stresemann setzt seine Kur fort
Mehr Arbeitslose – Bestechungen bei der Bewag

Wachsende Teuerung

Schraube ohne Ende — Ueberhöhte Mietpreise — Tarifsteigerung der Reichsbahn

Von

Dr. Adolf Roeder

Einen breiten Raum in der öffentlichen Diskussion nimmt wieder einmal die Preisfrage ein. Fast täglich hört man von neuen Preiserhöhungen, bald sind es die Kohlen- und Eisenpreise, bald die Benzinpreise oder vor allem auch die Lebensmittelpreise, die sich in aufsteigender Richtung bewegen. Man ist über diese Entwicklung einigermassen erstaunt, denn sie fällt in eine Zeit sinkender Konjunktur. Gerade dieses Merkmal muss grosse Besorgnis auslösen, denn auf die Dauer führt ein derartiger Preisauftrieb zu einer wesentlichen Verringerung des Absatzes und zu einem weit schärferen Konjunkturrückgang, als er zurzeit zu beobachten ist. Neue Lohnforderungen machen sich bereits bemerkbar, und sie werden desto stärker hervortreten, je mehr die Preise nach oben gerichtet sind. Man kann sich vorstellen, wie es dann weitergeht. Um die erhöhten Löhne auszugleichen, wird die Industrie weitere Preissteigerungen vornehmen, die Lohnerhöhung wird nur auf dem Papier stehen, denn sie wird durch die nachrückenden Preise unwirksam gemacht. Ein Schraube ohne Ende! Wie lange soll dieser Prozess fortgesetzt werden, und was gedenkt die Regierung zu tun, um unhaltbaren Zuständen vorzubeugen?

Nach den früher gemachten Erfahrungen kann man sich keinen allzu grossen Hoffnungen in bezug auf eine preisregulierende Tätigkeit der Regierung hingeben. Schon vor Jahren war der Kampf gegen die Teuerung offiziell angekündigt worden, zu energischen Massnahmen ist es aber niemals gekommen. Man wird in der Auffassung, dass es in Zukunft anders sein wird, nicht gerade bestärkt, wenn man die Vorgänge im Wirtschaftsleben beobachtet. Es zeigt sich, dass es den Industrien doch immer wieder gelingt, Preiserhöhungen durchzudrücken, und man sieht auf einzelnen Gebieten Erscheinungen, die immerhin einige Verwunderung erregen müssen. Wir leben in einer Zeit grosser Wohnungsnot, an deren Beseitigung leider vorläufig nicht zu denken ist, da es an Kapital zum Bauen der erforderlichen Wohnräume fehlt. Eigentlich sollte man annehmen, dass die wenigen Wohnungen, die mit den heute verfügbaren Geldmitteln geschaffen werden, einen Mietzins haben, der für die in Betracht kommenden Kreise einigermassen erschwinglich ist. Wie weit wir aber von einem solchen Zustand entfernt sind, davon kann man sich leicht überzeugen, wenn man sich in einem der zahlreichen Wohnungsbureaus, die wie die Pilze aus der Erde geschossen sind, nach Mietpreisen erkundigt. Diese sind — ganz abgesehen von dem zu zahlenden Baukostenzuschuss — so hoch, dass dem gewöhnlichen Sterblichen der Schrecken in die Glieder fährt. Man hat den Eindruck — nicht bloss den vagen, sondern den durch Wohnungsvermittler bestätigten —, dass in der Hauptsache für „reiche Ausländer" und für andere Glückliche, die durch die Inflation und auf sonstige Weise sehr wohlhabend geworden sind, gebaut wird. Man braucht nicht erst zu betonen, dass diese Zustände höchst erfreulich sind, aber man wird an die Aufsichtsbehörden die bescheidene Anfrage richten dürfen, ob die heute verlangten Ueberpreise für Mieten wirklich durch die Steigerung der Baustoff- und Grundstückspreise voll gerechtfertigt sind, zumal für Wohnungen mit wesentlich kleineren Räumen als bei den in der Vorkriegszeit geschaffenen und in einer weniger soliden Bauart.

Man kann auch nicht behaupten, dass der Entwicklung der Lebensmittelpreise von denen, die für Wahrung des Allgemeininteresses zu sorgen haben, allzu grosse Beachtung geschenkt wird. Jeder weiss, dass diese Preise heute wesentlich höher liegen als noch vor einem Jahr, aber man hat nichts von einer offiziellen Untersuchung gehört, die nachweist, ob diese Preise auch tatsächlich gerechtfertigt erscheinen. Man zerbricht sich in der Oeffentlichkeit den Kopf darüber, wer die Schuld an den hohen Preisen trägt, der Produzent, der Zwischenhändler, der Kleinhändler oder auch die schlechte Ernte (die wir in diesem Jahre aber wirklich nicht haben), und das Ergebnis solcher Betrachtungen ist meist, dass eigentlich keiner von diesen Faktoren verantwortlich zu machen sei. Irgendwo muss aber die Rechnung ein Loch haben, und es wäre sehr erfreulich, wenn von amtlichen Stellen aus einmal das Ergebnis einer genauen Prüfung der Preisbildung im Lebensmittelhandel veröffentlicht und damit die heute fehlende Klarheit geschaffen werden würde. Die Aufwärtsbewegung der Preise kann sich in einer Zeit, in der wenig Aussichten auf eine Konjunkturbesserung vorhanden sind, nicht ins Unendliche fortsetzen. Die in der letzten Zeit veröffentlichten Berichte über den Arbeitsmarkt liessen eine Verschlechterung der Lage erkennen, und das Institut für Konjunkturforschung hat neuerdings berechnet, dass sich die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden, rein saisonmässig, allein von Juli bis zum Jahresende um mindestens 800 000 bis 850 000 erhöhen wird. Angesichts dieser wenig günstigen Perspektiven muss eine Fortsetzung der gegenwärtigen Preisbewegung, zumal wenn die wirtschaftliche Depression schärfere Formen als jetzt annimmt, ganz besonders bedenklich stimmen.

Von weitgehender Bedeutung ist vor allem auch die Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, die ja gleichfalls neue Erhöhungen vornehmen will. Das Reichsbahngericht hat dieser Tage seine Entscheidung in der Frage der beantragten Tariferhöhung gefällt, und zwar hat es sich dem Standpunkt der Reichsbahn angeschlossen. Das bedeutet, dass eine Erhöhung der Eisenbahntarife in einem Ausmasse von 250 Millionen Mark gebilligt ist. In der Begründung der Entscheidung hat, wie wir berichteten, das Reichsbahngericht erklärt, dass eine Tariferhöhung der schwierigen Lage der Reichsbahn nur dann abhelfen könne, wenn sie nicht eine neue Bewegung auf Arbeitszeitkürzung oder auf Lohn- und Gehaltserhöhung bei ihr oder ihren Lieferanten auslösen würde. Wir möchten annehmen, dass die Tariferhöhung der Reichsbahn zu allererst die Industrie und den Handel, wenn sie die höheren Güter- und Personentarife zu spüren bekommen, zu neuen Preissteigerungen veranlassen wird. Arbeiter und Angestellte, deren Lohnforderungen in der Entscheidung des Gerichts als die grosse und einzige Gefahr für die Wirksamkeit der Tariferhöhung im Interesse der Reichsbahn hingestellt werden, werden wohl erst unter dem Druck der weiteren allgemeinen Verteuerung des Lebensunterhalts ihre Forderungen geltend machen, die ja, auch bis zu einem gewissen Grade berechtigt erscheinen. Es hätte dem allgemeinen Gerechtigkeitsgefühl daher mehr entsprochen, wenn das Gericht seine Mahnungen auch an die Lieferanten der Reichsbahn und andere Produzenten und nicht bloss an die Angestellten gerichtet hätte.

Stresemanns Pariser Gespräche

„Ein Gedenktag in der Politik der Entspannung und Verständigung"

PARIS, 28. August.

Ueber die Unterredungen Stresemanns mit Briand und Poincaré schreibt der oft offiziöse „Temps":

Paris hat dem deutschen Aussenminister den liebenswürdigsten Empfang bereitet. Das war ganz natürlich, denn Dr. Stresemann verdient für die Energie, mit der er seit drei Jahren die Politik der Entspannung vertritt und für den persönlichen Mut, den er durch seine Reise nach Paris bewiesen hat, jede Sympathie. Es wäre aber etwas gewagt, aus dieser freundlichen Aufnahme zu folgern, dass Stresemann in Paris prinzipielle Zusagen in den Fragen, die ihm besonders wichtig sind, erhalten hat. Dass der deutsche Minister die Gelegenheit benutzt hat, um seine Auffassung darzulegen, und dass er mit der Aufmerksamkeit angehört wurde, die seine Stellung und seine Persönlichkeit verlangen, ist selbstverständlich. Stresemann bewies aber als ein kluger Politiker, dass die Verhältnisse es nicht erlauben, in so wichtigen Fragen unvollständige Lösungen zu improvisieren. Soll damit gesagt werden, dass die Unterredungen mit Briand und Poincaré keine Bedeutung gehabt haben? Das wird kein ernsthafter Mensch behaupten wollen. Schon die Tatsache, dass der französische Ministerpräsident sich freundlich mit dem Aussenminister unterhalten konnte, und dass diese beiden Männer länger als eine Stunde alle wichtigen Fragen erörtert haben, besitzt eine erhebliche politische Bedeutung. Die internationale Situation hat sich geändert. Diese Aenderung schafft eine bessere Atmosphäre. Die Begegnung ist ein Gedenktag in der Politik der Entspannung und Verständigung in der Zeit der Annäherung und Versöhnung.

Der Präsident und die Stadt Paris

empfangen die Unterzeichner des Kellogg-Paktes

PARIS, 28. August.

Heute mittag empfing der Präsident der Republik, Doumergue, im Jagdschloss Rambouillet bei Paris die Unterzeichner des Kriegsächtungspaktes und gab zu ihren Ehren ein Frühstück. Reichsminister Dr. Stresemann, der Paris bereits verlassen hat, liess sich durch den gleichfalls geladenen Botschafter von Hoesch vertreten. Am Essen nahmen teil ausser den Paktunterzeichnern die in Paris akkreditierten diplomatischen Vertreter der Unterzeichnungsmächte, die Mitglieder der französischen Regierung und einige höhere Beamte des französischen Aussenministeriums.

Einen würdigen, eindrucksvollen Empfang für die Unterzeichner des Kriegsächtungspaktes gab heute nachmittag die Pariser Stadtverwaltung in dem wundervollen, mit Blumen und grünen Pflanzen geschmückten Repräsentationsräumen des Pariser Stadthauses. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann wurde durch den deutschen Botschafter von Hoesch vertreten,

Stresemann in Baden-Baden

Die Genf-Delegierten werden mit ihm sprechen

BADEN-BADEN, 28. August.

Aussenminister Dr. Stresemann ist, von Paris kommend, heute abend 8 Uhr 37 Minuten in Begleitung von Professor Zondek und Konsul Bernhard hier eingetroffen. Der Minister wurde vom Legationsrat von Maltzahn begrüsst und fuhr vom Bahnhof direkt nach dem Hotel Bellevue, wo er Wohnung genommen hat. Er wird hier ungefähr drei Wochen zur Nachkur bleiben.

Am Freitag oder Sonnabend werden voraussichtlich Reichskanzler Müller und Staatssekretär von Schubert auf ihrer Reise nach Genf hier für einige Stunden aussteigen und eine Unterredung mit dem Aussenminister haben.

BERLIN, 28. August. (W. T. B.)

Staatssekretär Dr. von Schubert verliess heute um 20 Uhr 25 Minuten in Begleitung von Ministerialdirektor Dr. Gaus, des Gesandten Freytag, Geheimrat von Moltke und einer Reihe weiterer Herren des Auswärtigen Amtes Berlin, um sich nach Genf zur Ratstagung zu begeben.